

Pro Tempolimit, contra E-Auto

BaWü-Check, Teil 2: Was erwarten die Baden-Württemberger von der Verkehrspolitik? Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat nachgefragt

Wo drückt den Menschen in Baden-Württemberg der Schuh, was macht sie zuversichtlich, wann haben sie Sorgen? Das wollen die Tageszeitungen in unserem Bundesland ganz genau wissen und haben den BaWü-Check ins Leben gerufen. Einmal im Monat werden dafür mehr als 1000 Menschen zu ausgewählten Themen befragt, die Ergebnisse sind repräsentativ. Dieses Mal geht es um das Thema Verkehr.



Renate Köcher, Chefin des IFD Allensbach.

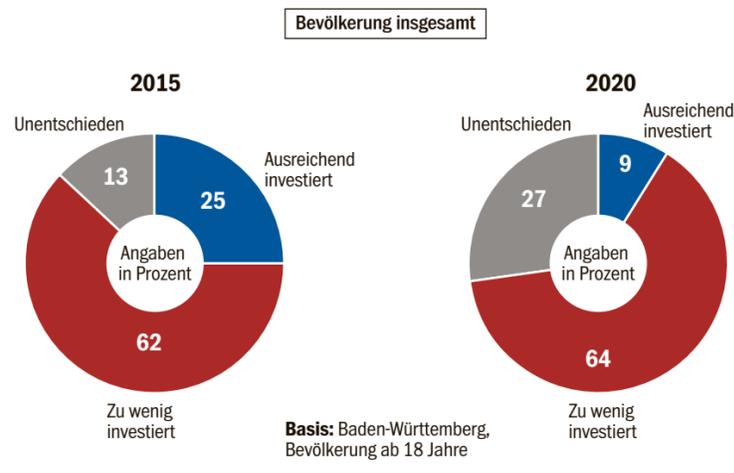


Automobilbranche und die Verkehrsinfrastruktur eine traditionell hohe Bedeutung haben, seien die Herausforderungen besonders zu spüren – insbesondere für eine grüngeführte Landesregierung.

Mindestens eine Überraschung hält die Umfrage bereit: 47 Prozent der Befragten sprechen sich für ein Tempolimit auf Autobahnen aus, 37 Prozent für Tempo 130. Für die E-Mobilität fehlt dagegen die Bereitschaft. (rom/sk)

Investitionsstau

Frage: „Wie sehen Sie das: Ist in den letzten Jahren ausreichend in die Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg investiert worden, oder ist zu wenig in den Bau und Erhalt von Straßen, Brücken usw. investiert worden?“



QUELLE / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

➤ Baden-Württemberg im Investitionsstau: In der baden-württembergischen Bevölkerung herrscht ein breiter Konsens, dass in den letzten Jahren zu wenig in die Verkehrsinfrastruktur des Landes investiert worden ist. Davon sind 64 Prozent der Bürger überzeugt. Lediglich knapp jeder Zehnte ist der Auffassung, dass in den letzten Jahren ausreichend in den Bau und Er-

halt von Straßen, Brücken und anderer Verkehrsinfrastruktur investiert wurde. Im Vergleich mit einer Landesstudie des Allensbacher Instituts aus dem Jahr 2015 wird deutlich, dass sich der Eindruck, dass ausreichend in die Verkehrsinfrastruktur investiert werde, in den letzten Jahren sogar zurückentwickelt hat. 2015 hielt noch jeder Fünfte die Investitionen für ausreichend.

Nur wenig Begeisterung für Stuttgart 21

Frage: „Vor einigen Jahren war ja Baubeginn für das Projekt Stuttgart 21, also den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs und den Neubau der Bahnstrecke Stuttgart - Ulm. Was würden Sie rückblickend sagen: War die Entscheidung für Stuttgart 21 richtig oder nicht richtig?“

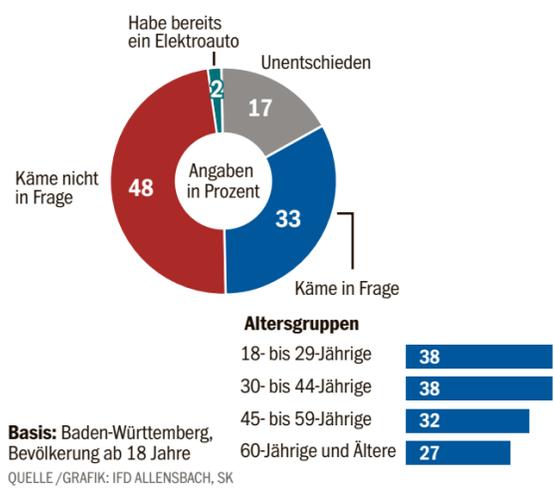


QUELLE / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

➤ Stuttgart 21: Das Bahnprojekt Stuttgart 21 bewegte in der Hochphase der Auseinandersetzung um den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs große Teile der Bevölkerung. Mittlerweile hat das Thema an Aufmerksamkeit verloren, das Meinungsbild hat sich jedoch nur wenig verändert. Aktuell stehen vier von zehn Baden-Württemberger S 21 kritisch gegenüber.

Potenziale für Elektromobilität

Frage: „Käme es für Sie in Frage, in den nächsten Jahren ein Elektroauto zu kaufen, oder käme das für Sie nicht in Frage?“



QUELLE / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

➤ Wechsel aufs E-Auto: Die Alternative zum Verzicht auf das eigene Auto wäre im Sinne des Klimaschutzes der Umstieg auf ein Fahrzeug mit einer emissionsarmen Antriebstechnologie. Doch obwohl die Mehrheit überzeugt ist, dass der Elektromobilität die Zukunft gehört und die Politik diese Antriebstechnologie auch fördert, fehlt es dieser Antriebsart ein breiter Rückhalt in der Bevölkerung. Immerhin für jeden Dritten käme es infrage, in den nächsten Jahren ein Elektroauto zu kaufen. Damit liegen die Potenziale für Elektroautos im Südwesten deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Aufgeschlossen sind besonders die junge und die mittlere Generation.

Die größten verkehrspolitischen Probleme des Landes

Frage: „Wenn Sie einmal an den Verkehr und die Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg denken: Was sind da aus Ihrer Sicht große Probleme?“

Problem	Bevölkerung insgesamt	Dörfer	Großstädte
Zu hohe Preise für den öffentlichen Nahverkehr	52	38	60
Zu viele Staus	50	48	57
Der schlechte Zustand vieler Straßen	45	44	44
Zu wenig Parkmöglichkeiten in den Innenstädten	43	38	44
Die Überlastung der Innenstädte durch den Verkehr	41	38	44
Die schlechte Verkehrsanbindung ländlicher Regionen	38	50	28
Zu wenige Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs	31	42	23
Der langsame Fortschritt beim Ausbau bzw. der Sanierung des Straßennetzes	26	30	29
Zu wenig Radwege	25	27	24
Der schlechte Zustand des Schienennetzes	17	17	17
Zu wenig Car-Sharing-Angebote	10	6	8

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

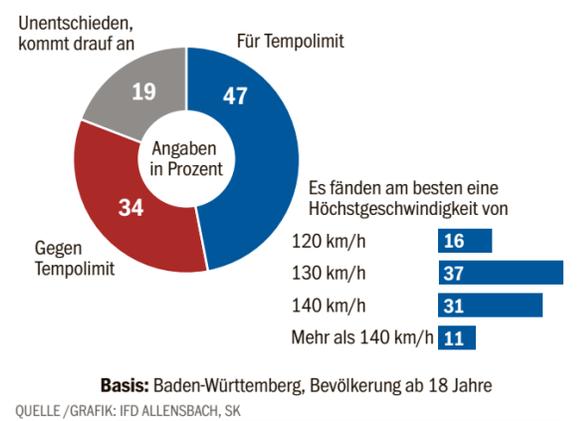
QUELLE / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

➤ Schlechte Straßen, Staus, teure Tickets: Neben dem schlechten Zustand der Straßen zählen zu den großen Verkehrsproblemen im Land nach Auffassung der Bürger die Überlastung durch den Verkehr, Defizite im öffentlichen Nahverkehr sowie die schlechte Verkehrsanbindung. 52 Prozent halten die hohen Preise im ÖPNV für das größte verkehrspolitische Problem, 50 Prozent die vielen Staus, 43 Prozent auch den Mangel an Parkmög-

lichkeiten in den Innenstädten. Weitere 41 Prozent sehen in der Überlastung der Innenstädte ein großes Problem, 38 Prozent in der schlechten Verkehrsanbindung ländlicher Regionen generell, knapp jeder Dritte zudem in der schlechten Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Themen, die im Zusammenhang mit dem Umweltschutz diskutiert werden, gehören aus Sicht der Mehrheit weit weniger zu den verkehrspolitischen Baustellen.

Mehrheit für Tempolimit auf Autobahnen

Frage: „Es wird ja immer wieder gefordert, ein Tempolimit auf Autobahnen einzuführen. Sind Sie persönlich für oder gegen ein Tempolimit auf Autobahnen?“

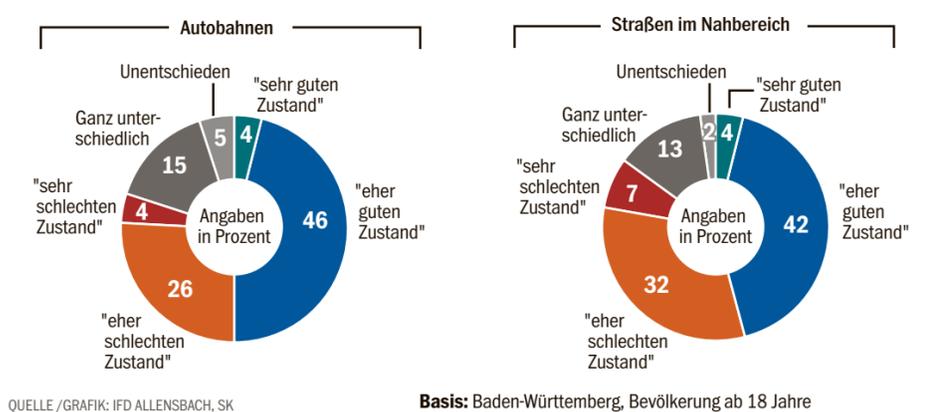


QUELLE / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

➤ Tempolimit steht hoch im Kurs: Im Zusammenhang mit dem Klimaschutz wird regelmäßig auch über ein generelles Tempolimit auf Autobahnen diskutiert. Verkehrsminister Winfried Hermann gilt als ein Befürworter einer Geschwindigkeitsbegrenzung und wird dabei von einer relativen Mehrheit der Baden-Württemberger unterstützt. 47 Prozent würden ein generelles Tempolimit auf den Autobahnen begrüßen, nur gut jeder Dritte spricht sich eindeutig gegen eine Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit aus. Vor die Wahl gestellt, fänden 37 Prozent der Bürger eine Höchstgeschwindigkeit von 130 Stundenkilometern am besten, 31 Prozent plädieren für eine Begrenzung auf 140 km/h.

Bewertung der Verkehrsinfrastruktur

Frage: „In welchem Zustand sind Ihrer Meinung nach die Autobahnen in Baden-Württemberg? Sind die Autobahnen in einem ...“
„Wie ist es mit den Straßen in Ihrer näheren Umgebung? Sind die überwiegend in einem ...“



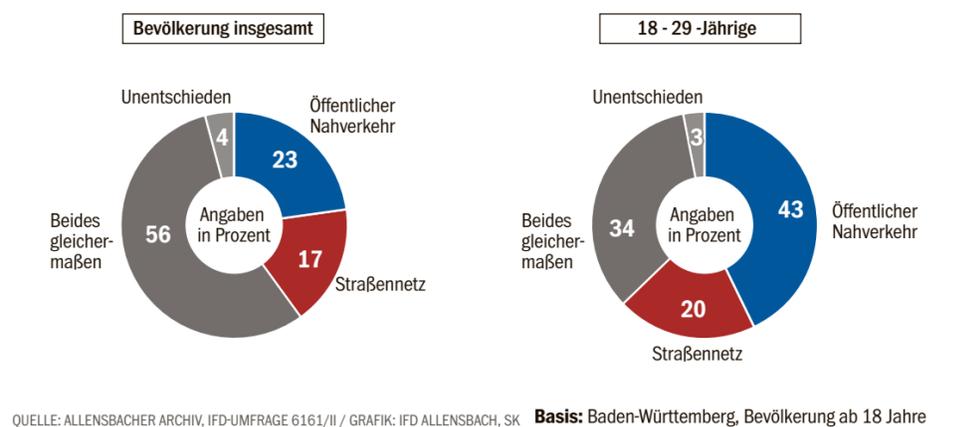
QUELLE / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

➤ Verkehrsinfrastruktur mangelhaft: Analog zur Wahrnehmung des Investitionsstaus im Land fällt auch das Urteil über die bestehende Verkehrsinfrastruktur eher verhalten aus. Dabei bewerten die Bürger die Autobahnen in Baden-Württemberg tendenziell noch etwas positiver als die Straßen im Nahbereich. Immerhin jeder Zweite stellt den Autobahnen in Baden-Württemberg ein gutes Zeugnis aus, 46 Prozent auch den Straßen in ihrer näheren Umgebung. 39 Pro-

zent beurteilen die Straßen im Nahbereich hingegen pauschal kritisch, weitere 13 Prozent ziehen die Bilanz, dass die Straßen in einem ganz unterschiedlichen Zustand sind. Der schlechte Zustand vieler Straßen gehört aus Sicht der baden-württembergischen Bevölkerung dementsprechend auch zu den großen verkehrspolitischen Herausforderungen des Landes. 45 Prozent sehen im schlechten Zustand vieler Straßen ein großes Problem.

Keine Präferenz für den Ausbau des Straßennetzes oder des ÖPNV

Frage: „Sollte Baden-Württemberg zukünftig eher in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs investieren oder eher in den Ausbau und die Sanierung des Straßennetzes?“



QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGE 6161/II / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

➤ Keine Präferenz für den öffentlichen Nahverkehr: Da sowohl der öffentliche Nahverkehr als auch der Zustand des Straßennetzes von der Bevölkerung kritisch gesehen werden, stehen für die große Mehrheit Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr auch nicht in Konkurrenz zum Ausbau des Straßennetzes. Im Gegenteil: 56 Prozent plädieren dafür, dass zukünftig sowohl in den Ausbau des ÖPNV als auch in den Bau und die Sanierung von Straßen investiert werden soll.

Nur 17 Prozent halten die Erneuerung des Straßennetzes für ein vorrangiges Ziel der Verkehrspolitik, 23 Prozent den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Lediglich in der jungen Generation spricht sich eine relative Mehrheit dafür aus, zukünftig vor allem in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zu investieren. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass das Auto für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung weiterhin das mit Abstand wichtigste Fortbewegungsmittel darstellt.